

Mangel an psychiatrischen Therapieplätzen wird immer grösser

Schon lange ist es in der Schweiz schwierig, den Bedarf an psychiatrischen Therapieplätzen abzudecken. Zahlen aus dem Kanton Bern zeigen nun, wie massiv der Mangel ist – und dass sich die Situation bald noch deutlich verschärfen wird.

Text: Nicole Weber, Presse- und Informationsdienst (PID)
Foto: iStock

Berufsverbände und Betroffene warnen schon seit Jahren: Die Versorgungslage mit psychiatrischen Therapieplätzen wird immer schlechter. Menschen warten trotz psychischer Krankheiten wie Anorexie oder Angst- und Panikzuständen monatelang auf einen Arzttermin und klappern unzählige Praxen ab, bevor sie irgendwo Hilfe finden. Psychiaterinnen und Psychiater müssen Aufnahmestoppes verhängen und finden keinen Nachwuchs für ihre Praxen. Im Jahr 2021 haben ganze 65 % der teilnehmenden Ärzteschaft in der BEKAG-Versorgungsumfrage angegeben, sie seien der Meinung, es praktizierten zu wenige Psychiaterinnen und Psychotherapeuten – 2017 waren erst 51 % dieser Meinung gewesen.

Fast ein Drittel der Pensen wird von über 65-Jährigen geleistet

Wie schnell sich der Mangel verschärft und wie prekär die Situation inzwischen ist, zeigen nun weitere Zahlen, die die Psychiaterin Ursula Kölbinger und die Sekretariatsleiterin des Ärztlichen Bezirksvereins (ABV) Bern Regio Brigitte Wildhaber in aufwändiger ehrenamtlicher Arbeit zusammengetragen haben. Sie haben in den Jahren 2018 und 2021 im Ärztlichen Bezirksverein (ABV) Bern Regio erhoben, zu welchen Pensen welche Altersgruppe der niedergelassenen Erwachsenenpsychiater/-innen (ohne Tätigkeit in Listenspital) arbeitet.

Das Ergebnis der Erhebung ist alarmierend. Bereits jetzt sind mehr als ein Drittel (39 %) der niedergelassenen Erwachsenenpsychiaterinnen und -psychiater im ABV Bern Regio 66 Jahre alt oder älter – also eigentlich bereits im Pensionsalter. Und diese Gruppe leistet nicht etwa sporadisch kleinere Einsätze, sondern deckt 30 % des geleisteten Arbeitspensums ab. Das bedeutet: Beenden diese Ärztinnen und Ärzte in den kommenden Jahren ihre Arbeitstätigkeit in den Praxen, wird fast ein weiteres Drittel der jetzt schon knappen Therapiemöglichkeiten wegfallen.

Denn der Nachwuchs geht derweil immer weiter zurück. Die jüngere Generation der 35- bis 50-jährigen Erwachsenenpsychiater leistet im Jahr 2021 nur noch 18 % der aufsummierten Pensen. Auch diese Zahl hat sich rapide verschlechtert: 2018 waren es immerhin noch 23 %. Insgesamt ist die Zahl der niedergelassenen Psychiaterinnen und Psychiater durch diese Entwicklung seit 2018 bereits um 11 % zurückgegangen, und das aufsummierte Arbeitspensum hat um fast einen Sechstel abgenommen (15 %).

Anordnungsmodell genügt nicht

Woran liegt das? Brigitte Schneider und Robert Hämig aus dem Vorstand der Bernischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (BGPP) sind sich sicher: Die Attraktivität des Fachs für den Einstieg in die Praxis ist aktuell zu gering. Dies auch deshalb, weil der Tarif schon seit zehn Jahren nicht mehr der Teuerung angepasst wurde und man als Psychiaterin,



Während sich der Mangel verschärft und die Politik mit wirkungsvollen Massnahmen zuwartet, steigt in der Bevölkerung der Bedarf nach Therapieplätzen.

Psychiater vergleichsweise wenig Zeit abrechnen kann. «Das Reden mit Menschen hat hier einfach einen zu geringen Stellenwert», so Schneider.

Der neue Tarif TARDOC würde wahrscheinlich eine erste, dringend benötigte Besserung bedeuten. Dem von der Politik im Eilverfahren eingeführten neuen Anordnungsmodell, das psychologische Psychotherapie stärkt (siehe auch S.8 in diesem doc.be), stehen die Psychiater der BGPP dagegen ambivalent gegenüber. Es ist begrüssenswert, wenn dadurch neue Therapieplätze geschaffen werden. Aber das Problem wird es auch nicht lösen, so Hämmig: Es braucht immer auch Psychiater, die Pharmakotherapie verschreiben können. Tatsächlich könnte sich der Mangel dadurch im ungünstigsten Fall sogar verschärfen, ergänzt Schneider: «Falls man dann mit einem Psychologiestudium denselben Tarif bekommt – warum den langen Aus- und Weiterbildungsweg über die Medizin gehen?»

Bedarf steigt

Während sich der Mangel verschärft und die Politik mit wirkungsvollen Massnahmen zuwartet, steigt in der Bevölkerung der Bedarf nach Therapieplätzen. Bekanntermassen hat die COVID-19-Pandemie verschiedene psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Angst- und Panikzustände stark ansteigen lassen. Dazu kommen, so Hämmig, nun vermehrt Fälle von Long COVID-19 und Burnout. Und es bestehe diagnostischer Nachholbedarf; so konnten während der Pandemie unzählige Fälle von ADHS bei Kindern nicht abgeklärt werden, was unabsehbare Folgen für die Zukunft der Kinder hat.

Zudem hat schon 2015 eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gezeigt, dass Depressionen stark zunehmen. 322 Millionen Menschen waren damals gemäss Erhebung weltweit betroffen, das waren ganze 18 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Den Anstieg führen die Studienautoren auf das Bevölkerungswachstum und die längere Lebenserwartung zurück, da besonders viele ältere Menschen von Depressionen betroffen seien. Das sind Entwicklungen, die sich auch in näherer Zukunft vermutlich nicht verlangsamen werden.

Politik und Psychiater müssen zusammenarbeiten

Kaum Nachwuchs, stark steigender Bedarf – was tun? «Die konkrete Forderung an die Politik ist, dass sie den Notstand erkennt.» So Brigitte Schneider der BGPP. Die Fachrichtung müsse wieder attraktiver werden, ihr Image aufpoliert und ihr Beitrag zur Gesunderhaltung der Bevölkerung honoriert werden. Dies indem z.B. der Tarif verbessert und der administrative Aufwand für die Ärztinnen und Ärzte in Schach gehalten wird, «damit wir uns wieder auf unsere Arbeit konzentrieren können.» Und am wichtigsten: «Eine engere Zusammenarbeit der Politik mit den Psychiatern selbst. Was wir brauchen, ist ein gemeinsames Gefäss, wo uns zugehört wird, damit wir das Problem gemeinsam angehen können».